Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 2

Vorwort: ...sondern Vertrauen trotz Krise

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Harte Steuer — weiche Politik (4)
Wohnung via Albert Schweitzer (7)
15 Jahre Rumän. Volksrepublik (8)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

4. Jahrgang, Nr. 2 **Bern, 16. Januar 1963** *Erscheint wöchentlich*

... sondern Vertrauen trotz Krise

Die revolutionäre Regierung von Jemen ist im Dezember durch die Regierung Kennedy anerkannt worden, obschon der durch die Revolution gestürzte Imam el Badr selbst noch im Lande kämpft und der Unterstützung verschiedener Stämme gewiss ist. Das ist — auch aus der Distanz eines Monats — ein ungewöhnlicher Schritt, besonders wenn man die Hintergründe bedenkt.

Die wirkliche Macht in Jemen wird durch die ägyptischen «Ratgeber» ausgeübt. Sie sind Nasser ergeben und sollen mithelfen, dessen ehrgeizige Pläne einer arabischen Völkergemeinschaft unter ägyptischem Diktat zu verwirklichen. Die materielle Basis dieser Staatengruppe ist der nahöstliche Oelreichtum. Daher geht die weitere Stossrichtung von Jemen aus nach Aden im Süden und Saudiarabien im Nordosten.

Die Anerkennung der Regierung Saalal in Jemen durch die Vereinigten Staaten hat das Prestige Nassers aufpoliert und sichert ihm eine günstigere Ausgangslage für die Verwirklichung seiner Absichten. Diese Anerkennung ist deshalb ein schwerer Fehler Kennedys und könnte schlimmstenfalls der Anfang vom Ende des westichen Einflusses im Nahen Osten sein.

Präsident Nasser ist zwar durchaus kein Kommunist. Er bekämpft sogar auf der innenpolitischen Ebene die kommunistische Partei. Aber es war der Ostblock, der ihm den Steigbügel für seinen Machtaufstieg hielt. Daher befindet er sich aussenpolitisch in enger Bindung an die kommunistische Staatengruppe, die nur deshalb — und allenfalls sogar gegen den Willen Nassers — sich nicht stärker in einer kommunistischen Gestaltung Aegyptens auswirkt, weil das angesichts der heute noch vorhandenen westlichen Macht kaum ratsam wäre. Wird aber die Macht der freien Welt weiterhin abgebaut, so könnte es recht bald schon im Interesse Moskaus liegen, Nasser durch einen Moskauer Hörigen zu ersetzen. Ein Wort würde genügen, und damit fiele die Position, die der ägyptische Diktator wohl für sich erarbeitet hat, dem Ostblock zu. Dass die USA im Falle Jemens einen Trumpf vergeben haben, ist deshalb tragisch.

Problematisch erscheint auch die amerikanische Haltung im Kongo. In der Zeit der Wirrnis im Sommer 1960 sagte sich die reichste Provinz von der Zentralregierung los und organisierte den selbständigen Staat Katanga. Hier herrschte verhältnismässig Ordnung, die Arbeit ging weiter und die Hungersnot war gebannt. Afrikaner und Weisse fanden sich in einer vernünftigen Zusammenarbeit.

Nun ist allerdings der Kongo ohne Katanga nicht lebensfähig. Daher ist es begreiflich, dass neben der Zentralregierung von Léopoldville auch die verantwortlichen Uno-Behörden immer auf die Rückgliederung von Katanga gedrängt haben. Ebenso begreiflich ist es allerdings, dass Katanga nicht die durch grössere Umsicht und bessere Disziplin erarbeitete Stellung opfern wollte, um die hohe, durch Lumumba verursachte Rechnung zu bezahlen. Es musste schwierig sein, hier einen Kompromiss zu finden.

Trotzdem ist es fraglich, ob ein Krieg gegen Katanga nötig war. Dieser Feldzug geht auf die Unterwerfung eines Volksstammes aus und verletzt das Selbstbestimmungsrecht. Er zerstört auch wichtige industrielle Einrichtungen und gefährdet das wirtschaftliche Leben. Westeuropa und Nordamerika müssen als Folge davon eine viel grössere Hilfe an den Kongo leisten und Mittel einsetzen, die vielleicht anderswo dringend benötigt würden.

Der Generalsekretär der Uno, U Thant, legt die Kongo-Politik fest. Nachdem die Länder des Ostblocks an die grossen Ausgaben der Kongo-Aktion widerrechtlich alle Beiträge verweigern, ist er von Einflüssen dieser Seite weitgehend frei. Grossbritannien wandte sich gegen die Intervention in Katanga, die nur unternommen werden konnte, nachdem U Thant von der amerikanischen Regierung grünes Licht erhielt.

Auch dieser Entscheid Kennedys ist problematisch. Der Katanga-Krieg wird kaum eine Besserung bringen, die nicht auch ohne diesen Feldzug hätte erzielt werden können. Er wird sich aber in einer beträchtlichen und vielleicht nicht mehr ganz tragbaren zusätzlichen Belastung der freien Welt auswirken. Er hat Wasser getrübt, in denen der Ostblock zu neuen Fischzügen ansetzen wird.

Jemen und Katanga sind zwei Marksteine einer falschen amerikanischen Aussenpolitik. Es böte keine Schwierigkeiten, diese Fehler auf polemische Weise anzuprangern und sie gar zum Anlass zu nehmen, eine Vertrauenskrise in die Vereinigten Staaten vom Zaun zu brechen. Keine Schwierigkeit steht im Wege, wohl aber die Vernunft und die sachliche Ueberlegung.

Kein Mensch ist vor Irrtum gefeit, und keine Regierung kann alle Fehler vermeiden. Daher ist es ungemein billig und auch verantwortungslos, einen Menschen oder eine Regierung wegen einzelner Fehler diskreditieren zu wollen. Die Vereinigten Staaten sind das stärkste Land der freien Welt. Ihnen fällt die Führung der Demokratien zu, und diese Führung ist in die Hände eines einzelnen Menschen gelegt. Mit der Wahl des Präsidenten erkürt mithin das amerikanische Volk den Repräsentanten der freien Welt. Unter den heutigen Umständen können die übrigen Länder zu dieser Wahl nichts beitragen; diese Umstände lassen sich nicht ändern.

Beide Fälle sind übrigens bezeichnend für die besonderen Umstände, die in Afrika und im Nahen Osten die zu treffenden Entscheidungen nie leicht gemacht haben. Im Falle Jemen denke man an die vorherigen feudalen Zustände im Lande selbst, die gerade zum manchmal missionierenden demokratischen Bewusstsein in den USA in ausgesprochenen Gegensatz stehen; man denke an die undankbare Aufgabe einer grossen fortschrittlichen Demokratie, die durch die taktische Lage immer wieder gezwungen wurde, Leute zu unterstützen, die geschichtlich betrachtet auf dem abgesägten Ast sitzen. Im Falle Katanga denke man an die Lebensunfähigkeit des Kongos ohne seine reichste Provinz, die tatsächlich ihren sezessionistischen Willen jedesmal wieder bekundete, wenn der Druck nachliess. Und daran, dass die kongolesische Situation schon ohne amerikanisches Zutun verfuhrwerkt war.

Je tiefer das Vertrauen aller freiheitsliebenden Völker in den Präsidenten der USA verankert ist, desto grösser sind dessen Möglichkeiten, die Freiheit zu wahren und sie denen zurückgeben, die sie verloren haben. Die Einheit der freien Welt ist eine Voraussetzung für den Sieg der Demokratie. Aus diesem Grund darf diese Einheit nicht mit Hinweisen auf einzelne Fehler und Irrtümer gefährdet werden. Damit soll keineswegs gefordert werden, dass Kritik gegenüber dem amerikanischen Präsidenten zu unterbleiben habe. Das bedeutete den Niedergang der Demokratie.

Damit soll aber gefordert werden, dass alle Kritik im Rahmen der Sachlichkeit bleibt und nicht zu Schlussfolgerungen führt, die im kritisierten Tatbestand nicht enthalten sind. Wer also mit dem Hinweis auf Jemen und Katanga eine Korrektur der amerikanischen Aussenpolitik fordert, geht nicht fehl. Wer aber mit diesem Hinweis dem Führer der freien Welt Vertrauen und Unterstützung entziehen will, schiesst auf gefährliche Weise weit über das Ziel berechtigter Kritik hinaus.

Peter Sager.